

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1874

46 (24.2.1874)

Beilage zu Nr. 46 der Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 24. Februar 1874.

Deutschland.

Mülhausen, 21. Febr. Nachdem sich hier die Kunde verbreitet, daß Hr. Bischof Räß Namens der Elsäßer Katholiken die Annexion von Elsäß-Lothringen im deutschen Reichstag feierlich anerkannt habe, zeigte sich unter einem Theil der hiesigen Bevölkerung eine überaus bittere Stimmung, ja selbst unter Katholiken hörte man Aeußerungen über den Kirchenhirt, welche wir nicht wieder geben möchten. Besonders diejenigen, welche dem Siege der Kerikalen am lautesten zugejubelt hatten, weil sie darin den Protest gegen die Annexion am deutlichsten ausgedrückt glaubten, schrien jetzt am lautesten gegen die „Pflaster“, daß sich das wehliche Geschlecht bei diesem Geschrei am meisten hervorhob, brauche ich kaum zu sagen. Was aber die wirklich gläubigen Katholiken sind, die schweigen und heugen sich vor dem Ausdruck ihres Oberhirten, vor dem sie eine grenzenlose Hochachtung haben. So hat sich der Sieg der Protestpartei plötzlich in sein Gegenteil verkehrt und ganz unerwartet hat sich die Stellung, welche die Mehrheit des Volkes in seiner offiziellen Vertretung zu Deutschland eingenommen, verändert. Ist auch Hr. Teutsch der Held des Tages, so gewaltig die Geißel geschwungen, so folgt doch weit aus das Gros der Bevölkerung seinem Bischof, welcher den Elsäßlingen mit dem Palmzweig vorangeht. So bereitwillig das Volk mit „Verrath und Verkauf“ seiner Zeit gegen die militärischen Führer um sich warf, so wird es doch nicht so weit gehen, auch seine Bischöfe und Priester in dieser Weise zu beschuldigen, und es muß sich notwendig eine große Umwandlung in der Stimmung des Landes vollziehen; andernfalls wäre es um den Einfluß der Geistlichkeit geschehen.

Mülhausen, 21. Febr. (N. Mülh. Z.) Dem Vernehmen nach ist unser Reichstags-Abgeordneter heute bereits wieder von Berlin zurückgekehrt. Die Gesetzgebung des Deutschen Reichs wird jetzt versuchen müssen, auch ohne den Hrn. Häfely auszukommen.

Köln, 21. Febr. Erzbischof Melchers wurde heute wegen geschwinder Anstellung von Geistlichen in zwei Fällen weiter zu je 200 Thln. oder je 2 Monaten Gefängnis und ferner wegen einer jüngst vollzogenen Amtsübertragung nach dem ersten gegen ihn gefällten Urtheil zu 1000 Thalern, eventuell 10 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Österreichische Monarchie.

Wien, 21. Febr. Dem Ausschuss des Abgeordnetenhauses, welchem die Prüfung des bekannten Memorandums der Arbeiter obliegt, soll der Standpunkt der Regierung vorerst im Allgemeinen dahin präzisirt sein, daß sie im Prinzip einer allmählichen und proportionalen Heranziehung der Arbeiterbevölkerung zu der staatlichen Vertretung nicht allein nicht entgegen sei, sondern daß sie umgekehrt ein Gewicht darauf lege.

Frankreich.

Paris, 21. Febr. Mehrere Mitglieder der Linken hatten einen Schritt bei Hrn. Ledru-Rollin gethan, um ihm das Bedenkliche seiner Kandidatur, wie die politischen Umstände nun einmal lagen, vorzustellen. Hr. Ledru-Rollin entgegnete dieser Deputation, er wolle die Schwierigkeiten der Lage nicht verkennen, aber es sei auf Grund reiflicher Erwägung geschehen, wenn er die so oft abgeschickte Kandidatur endlich angenommen habe. Das allgemeine Stimrecht sei der Leisten seines ganzen Lebens gewesen, er sehe es nach fünfzigjährigen Jahren noch einmal bedroht und habe sich für verpflichtet, ihm den Rest seiner Kräfte zu widmen. Wenn man ihn von gegnerischer Seite zu einem revolutionären Popanz mache, so hoffe er, sich dieser Insurrection leicht zu erwehren und sie bei der ersten Gelegenheit von der Tribüne herab zu entkräften. Genug, er sei entschlossen, seine Kandidatur aufrecht zu erhalten. — Das republikanische Comité von Avignon wünschte von Hrn. Ledru-Rollin ein politisches Glaubensbekenntnis zu erhalten; darauf erhielt es von dem Abg. Raquet den Bescheid, die ganze Vergangenheit Ledru-Rollin's und die Dienste, welche er der demokratischen Sache geleistet habe, seien sein Glaubensbekenntnis und es hiesse ihm einen Schimpf antun, wenn man ein anderes von ihm verlangte. Die genannte gemäßigt republikanische Presse, das „Journ. des Deb.“ an ihrer Spitze, mißbilligt diese Kandidatur.

Die Haltung des Bischofs von Straßburg im deutschen Reichstage hat hier nicht wenig verdrossen. So schreibt die „Opin. nat.“:

Ein Bischof muß doch immer etwas Apartes haben und davon hat auch Hr. Räß in Berlin keine Ausnahme gemacht. Er mag sich frei freuen über den Beifall, welchen ihm die National-Liberalen, der Pangermanismus und die Schreyträger des deutschen Cäsarismus gesollt haben. Die Reaktionen des streng kirchlichen Berichts über waren so entzündlich, daß sie den Bischof von Straßburg im Namen aller Katholiken der beiden Provinzen sprechen ließen. So hat es wenigstens einer der lothringischen Abgeordneten, H. Pouquet, geäußert, der sich denn auch genöthigt sah, in der Sitzung vom 19. gegen die kollektive Bedeutung, welche man den Worten des Bischofs geben wollte, zu protestiren (NB. er allein). In Straßburg herrscht die größte Aufregung, als man durch den Telegramm von der Erklärung des Hrn. Räß Kenntniß erhielt. Dieser Prälat geht offenbar zu denen, welche in der Eroberung ein göttliches Recht erblickten.

Ueber die Personalien der elsäz-lothringischen Abgeordneten macht der Berliner Korrespondent des „Siecle“,

welcher bekanntermaßen Niemand anders ist, als der in Paris-Auteuil wohnende Vottringer und alte Kollege Seinguerlet folgende nähere Mittheilungen:

Der Bischof von Straßburg ist ein Infallibilist, jedoch ein gemäßigter; der Bischof von Metz, Hr. Dupont des Loges, wiederum war auf dem Konzil Gegner der Unfehlbarkeit; doch eben auch nur ein gemäßigter Gegner. Sie sind also Beide nicht von dem Holze, aus welchem man Märtyrer schnitzt. Wie sein Straßburger Kollege, unterhält auch der Bischof von Metz freundschaftliche und katalanische Beziehungen zu den deutschen Behörden; seine Opposition geht nicht so weit, daß sie seinem Vorgehen wehe thut und ihm verbieten sollte, sich an der Tafel des Hrn. v. Arnim, des Birkpäsidenten von Lothringen, niederzulassen. Die sechs Priester, welche die Bischöfe begleiten, treten etwas unabhängiger auf. An ihrer Spitze steht, sowohl vermöge seiner natürlichen Größe, als seiner Intelligenz, der Pfarrer Simonis. Derselbe, welcher in den letzten Zeiten des Kaiserreichs im Verein mit dem Pfarrer Winterer zu Reichshausen unter dem Titel: „Der Volksbote“, ein sozialistisch-katholisches Blatt herausgab, welches gegen die reiche und protestantische Fabrikantenfamilie von Willhausen gerichtet war. Sie hatten sich an das Vorbild des Bischofs Kettler und werden in der Person des Hrn. Roufang, Generalvikars des Bisthums von Mainz, einen Gesinnungsgenossen finden. Von Beginn des Krieges an blieb der „Volksbote“ sozialistisch und wurde der Moniteur der Praktiker des Boges, Hr. Edouard, der Pfarrer von Neubreilach, ist zur Belohnung für sein Verhalten während des Krieges, wo er als Regiments-Feldprediger fungirte, gewählt worden, wie er auch dafür das Kreuz der Ehrenlegion erhalten hat. Hr. Gerber, ehemaliger Vorleser des kleinen Seminars zu Illshausen, hat in dem Kampfe, welchen er seit der Annexion gegen den von den deutschen Behörden unterstützten Bischof von Straßburg führte, sein Amt verloren; seit der Zeit hat er sich aber unterworfen. Der Landpfarrer Philipp ist, obwohl ein strenger Ultramontaner, in seinem Kirchspiel sehr beliebt. Baron Schauenburg ist zwar zwar ein Laie, aber ein eifriger Ultramontaner; er ist der Sohn eines ehemaligen Pairs von Frankreich und gewissermaßen der Charnade der Kerikalen Fraktion dieser Abgeordnetengruppe. Von dem lothringischen Abgeordneten Abel weiß ich nichts Näheres; dagegen ist mir bekannt, daß der Fabrikant Pouquet und der reiche Straßburger Grundbesitzer Germain nicht eben für leidenschaftliche Katholiken gelten, sondern als französische Patrioten gewacht worden sind. Sonderbarer Weise ist von allen Abgeordneten Elsäz-Lothringens nur ein einziger (welcher, wie nicht gesagt) ein alter Republikaner; die H. Häfely und Teutsch sind erst seit Sedan für die Republik geworden. Im Ganzen zerfallen die 15 Abgeordneten in 12 Katholiken verschiedener Schattirungen und in 3 protestantische Republikaner.

Der Dreißiger-Ausschuss hat gestern die beiden ersten Artikel seines Wahlgesetzes-Entwurfs definitiv angenommen. Sie lauten:

Art. 1. Wähler ist jeder Franzose, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und seine bürgerlichen und Staatsbürgerlichen Rechte genießt.

Art. 2. Die Wahlberechtigung wird durch Eintragung in ein in jeder Gemeinde zu haltendes Wählerregister festgesetzt.

Weiter ist der Ausschuss in dieser seiner 27. Sitzung nicht gekommen.

Offiziell wird erklärt, daß Frau Bazaine nur bis auf weiteres und unter ausdrücklichem Vorbehalt des Erlaßens erhalten hat, mit ihrem Gatten das Innere des Forts der St. Margarethen-Insel zu bewohnen. — Man meldet den Tod des Contreadmirals Bruat und des Abg. Paris (Calvados). Der Letztere ist nicht mit seinen bonapartistischen Namensbrüdern Paris (Pas-de-Calais) und Pray-Paris (Tarn-et-Garonne) zu verwechseln. Der in Rede stehende Abgeordnete gehörte dem linken Centrum an.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 20. Febr. Kaiser Franz Joseph hat heute Kronstadt besucht und in Begleitung des Generals v. Kotleben die dortigen Schenswürdigkeiten in Augenschein genommen. Heute Abend wohnte der Kaiser einem vom Minister Grafen Tolstoi ihm zu Ehren gegebenen Ball bei.

Asien.

Yeddo, 19. Febr. Der Vorsitzende des Ministeriums, Samakura, hat seine Demission eingereicht, welche indessen nicht angenommen ist. Die öffentliche Stimmung ist für den Krieg gegen Korea. Für den Fall, daß derselbe nicht beschloffen wird, befürchtet man den Ausbruch eines Bürgerkrieges. Laut Meldung aus Rangasaki haben im Distrikt Fyzen bereits ernstliche Unruhen stattgefunden.

Babische Chronik.

Masbach, 19. Febr. (Dm. B.) Die kurz nach dem Friedensschluß im Jahr 1871 gegründete Gesellschaft für Verbreitung von Volksschulbildung in Berlin, der zwei hiesige Vereine (der Gewerbeverein und der Landverein) von vorn herein als korporative Mitglieder beigetreten sind, macht recht erfreuliche Fortschritte. In Eberbach ist, wie die „Dm. B.“ berichtet, durch die Bemühung unserer Land- und Reichstags-Abgeordneten, des Herrn Dr. Blum, ein Zweigverein der genannten Gesellschaft ins Leben getreten, in Karlsruhe ist die Loge Leopold zur Treue als 14. Loge (d. h. mit einmaliger Zahlung von 100 Thln.) und in Breisach die freie Lederekonferenz als korporatives Mitglied der Gesellschaft beigetreten. Eben dieser Gesellschaft wurde vor einigen Tagen von Herrn G. v. Hermann in Stratham in England eine Stiftung von 10,000 Thln. zur Förderung ihrer Bestrebungen zugewendet. Die Gesellschaft hat so eben ein Preisaus schreiben erlassen, durch welches sie je 300 Mark für ein Lehrbuch über „Geschichte und Verfassungslunde“ und ein solches über „Deutsche Geschichte“ aussetzt. Beide Bücher sollen für Fortbildungsschulen geeignet und bis zum 1. Oktober bei dem Zentrals-

bureau der Gesellschaft, Berlin Köthenerstraße 39, eingereicht sein. Das Streben der Gesellschaft, Bildung unter der Masse des Volkes zu verbreiten, sucht einem dringenden Bedürfnisse abzuhelfen und verdient die ernstlichste Beachtung.

Freiburg, 20. Febr. Auch bei der heute dahier stattgehabten Wahl des Bürgerausschusses durch die Klasse der höchstbesteuerten Bürger fiel das Ergebnis nach dem Vorschlag der liberalen Partei aus. Von den 238 Wahlberechtigten dieser Klasse wählten 135 von ihrem Wahlrechte Gebrauch. Von diesen fielen auf die Kandidaten der liberalen Partei 119 Stimmen, während jene der ultramontanen Partei nur 16 Stimmen erhielten. Als Gesamtresultat der Wahlen der drei Wählerklassen erweist sich, daß von 1430 Wahlberechtigten bloß 578 an der Wahlurne erschienen sind, und davon 376 Wähler ihre Stimmen für die Vorgesetzten der Liberalen und 202 für die Kandidaten der ultramontanen Partei abgegeben haben. Die Wahlberechtigung ist leider wieder besonders in den Klassen der Nieder- und Mittelbesteuerten als eine verhältnismäßig sehr schwache zu bezeichnen, eine Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit auf liberaler Seite, welche einmal zu schlimmen Folgen führen könnte, und vor welchen deshalb nicht genug gewarnt werden kann. Es dürfte nicht schaden, wenn wir auch einmal etwas von unsern politischen Gegnern, den Ultramontanen, der Raßschamung würdig fänden, nämlich die Rührigkeit und den unermüdbaren Eifer derselben bei den Wahlen. Denn das muß Jeder bekennen, sie haben sich viele Mühe gegeben, ihre Kandidaten durchzubringen; glücklicherweise ohne Erfolg. Unter den von dieser Partei Vorgesetzten waren mehrere ganz tüchtige Kräfte, Männer, die sich ganz wohl für das ihnen zugedachte Amt geeignet hätten, und zweifeln wir gar nicht, daß wenn die ultramontanen Wähler sich an der vor den Wahlen stattgefundenen allgemeinen und öffentlichen Wahlbesprechung (in der Harmonie) würden betheiligigt und dort ihre Wahlvorschlüge würdig vorgetragen haben, gegen manche, ja die meisten ihrer Kandidaten kein Widerspruch eingelegt, vielmehr mehrere derselben dort acceptirt und später wirklich gewählt worden wären. Doch die ultramontane Partei hielt es für besser, an jener Wahlbesprechung nicht Theil zu nehmen und ihre opponirenden Kandidatenliste anzufüllen; fühlte sie sich ja stark genug, diese auch durchzusetzen. Daß man sich im gut organisirten Lager der Ultramontanen auf diese Wahl aufs Beste vorbereitet und mit großer Rührigkeit gearbeitet und sich seiner Getreuen zu versichern gesucht hat, geht schon daraus hervor, daß der „Freiburger Bote“ in seiner Nummer von Fastnacht-Montag den 16. d., wo die Wahl durch die Klasse der Mittelbesteuerten stattfand, mit der größten Siegesgewißheit seinen Lesern verkündete, im Augenblicke, wo sie jenes Blatt zur Hand bekommen würden sei der Sieg ihrer Partei bereits entschieden, denn daß die Ultramontanen in diesem Wahlgange siegen müßten, sei über jeden Zweifel erhaben, da ja bei der vorhergegangenen Wahl schon ihnen nur wenige Stimmen zum Siege gefehlt hätten. Allein es sollte anders kommen, der „Freib. Bote“ war diesmal nicht unfehlbar, nur hat er sich ein wenig lächerlich gemacht; doch es war ja Fastling, wo man sich über dergleichen Unfälle leichter hinwegsetzt, darum wird sich auch der „Bote“ zu trösten wissen.

Bermischte Nachrichten.

München, 20. Febr. (N. Z.) Se. Maj. der König hat mit allerhöchster Entschliebung vom 17. d. der I. Kammer: Angeris Fel. Sophie Stehle, welche wegen Verheirathung mit Hrn. v. Knigge demnachst von der I. Hofkammer scheidet, und der I. Kammer: Angeris Frau Karoline v. Rangas, welche am 19. d. das 36. Dienstjahr vollendet, die Ludwig-Medaille, Abtheilung für Wissenschaft und Kunst, verliehen.

München, 21. Febr. Sigi, Redakteur des „Bayr. Vaterland“, welcher wegen Beleidigung des Deutschen Kaisers und wegen Beleidigung der kaiserl. Militär-Behörden in München vor das am 23. d. in München beginnende Schwurgericht verwiesen wurde, ist nun nachträglich auch wegen Majestätsbeleidigung des Königs vor dasselbe Schwurgericht verwiesen worden.

Opladen, 18. Febr. (Fr. Z.) Gestern Nachmittag lag hier das Mißgeschick der benachbarten Dynamitfabrik in die Luft, wobei mehrere Arbeiter verunglückten. Die Zahl der Getödteten soll fünf betragen, ist jedoch, wie die der Verwundeten, noch nicht festgesetzt.

Bonn, 20. Febr. (Fr. Z.) Eine unter Leitung des Oberpfarrers Rau, eines alten Infallibilisten, in Sachen der Kirchhof-Kapelle abgehaltene Versammlung der Kerikalen hat bei der I. Regierung in Köln gegen die Wiedereinsetzung des Gottesdienstes durch die Alt-katholiken Beschwerde erhoben. Die Versammlung, zu der übrigens nur ein paar Hundert der berühmten „20,000 Hinausgetriebenen“ erschienen waren, trug einen ziemlich leidenschaftlichen Charakter. Der hier anwesige kerikale Reichstags-Abgeordnete Franzen machte den Vorschlag, am Samstag Morgen, wo die alt-katholische Kirche stattfinden soll, die Kirchhof-Kapelle einfach zu besetzen, und meinte, „Niemand würde es wagen, diese frommen Peler gewaltsam aus der Kapelle hinauszurufen“. Natürlich wurde dieser Vorschlag von dem aufgeregten und bekehrten Volk einstimmig angenommen, und man hat also am Samstag eine Scene zu erwarten.

Berlin, 21. Febr. Der Reichsanzeiger erinnert an Artikel 8 des Münzgesetzes, wonach eine Kupferausgabung der Kaiserlichen Münzstätte erst dann eintreten kann, wenn solche 3 Monate vorher bekannt gemacht und mindestens eine vierwöchentliche Frist zur Einlösung durch die Staatskassen festgesetzt ist, und weist darauf hin, daß den deutschen Münzen, welche nach dem Eintritt der Reichswährung gesetzlich Umlauf behalten, auch die braunschweigisch-lüneburgischen Einzelmünzen Thalerstücke mit dem springenden Pferde gehören, die mit 25 Reichsmark-Pfennigen taufirt sind.

Hamburg, 20. Febr. Das der Hamburg-Amerikanischen Paketfabrik-Gesellschaft gehörende Post-Dampfschiff „Hofatia“, Kapitän Berends, welches am 4. d. Mts. von hier und am 7. d. Mts. von Havre abgegangen, ist am 19. d. Mts. wohlbehalten in New York angekommen.

